

„In den Himmel geschickt“

Wtas
23. Jan.
1996

Die im Zusammenhang mit dem Tod einer Geesthachterin vom Grünen Thomas Wüppesahl geäußerten Vorwürfe gegen den Arzt Dr. Büsscher und die Leitung des Johanniter-Krankenhauses, hat die Lübecker Staatsanwaltschaft gestern - ausgerechnet am Tag der Einweihung des Neubaus - unfreiwillig bestätigt.

Gestern spendierte Ministerpräsident Barschel persönlich dem Johanniter-Orden in Geesthacht einen 50 Millionen Mark teuren Neubau. Seit Wochen sorgen Vorwürfe des Grünen Rats Herrn Wüppesahl gegen das Krankenhaus für unangenehme Wahlkampfmunition.

Wie in der Montagsausgabe der taz berichtet, warf Wüppesahl dem Geesthachter Arzt Dr. Büsscher vor, im Rahmen einer notärztlichen Behandlung die Geesthachterin Irmgard Völtz durch eine falsch verabreichte Spritze getötet zu haben. Das Johanniter-Krankenhaus wurde deswegen in den Fall verstrickt, weil sein leitender Direktor Schoppmeier den vermeintlichen Kunstfehler seines selbständigen Kollegen vertuscht haben soll. Er gab nämlich an, die Patientin habe im Krankenhaus noch eine Stunde gelebt.

Die Staatsanwaltschaft hatte zunächst nur schleppend ermittelt und erst nach der Publikation der Vorfälle durch die Grünen auf die am 1. Dezember von Wüppesahl erstattete Anzeige reagiert.

Nach Angaben der Staatsanwaltschaft ergab die Obduktion der Leiche allerdings keine Anhaltspunkte für einen Kunstfehler Büsschers. Deshalb habe man ein histologisches (gewebemedizinisches) Gutachten sowie ein Zusammenhangsgutachten in Auftrag gegeben, daß nach Angaben des Oberstaatsanwaltes Böttcher vom Mon-



Gestern bei der Krankenseinweihung in Geesthacht: Die Polizei präsentierte ein neues Notfall-Automodell, welches trefflich zur gegenwärtigen Stimmung in der Elbstadt paßt.
foto: magda schneider

In der Geesthachter Öffentlichkeit lösten die Veröffentlichungen Wüppesahls helle Empörung und eine Pressekampagne gegen den Grünen aus. Geschlossen bezichtigte die Ratsversammlung Wüppesahl einer Rufmord-Kampagne gegen die Ärzteschaft. Selbst Teile der Grünen distanzieren sich in der Öffentlichkeit von ihrem Ratsvertreter.

Auf ein Schreiben Wüppesahls vom 17. Januar, in dem er die Staatsanwaltschaft zu weiteren Ermittlungen aufforderte und die Vernehmung den Rettungswagenbesatzung sowie der in der Aufnahme tätigen Ärztin (beide hatten vor Z... ausgesagt, die Frau sei bei Einlieferung bereits tot gewesen)

Während er noch am Montag gegenüber der Bergedorfer Zeitung weitere Ermittlungen ablehnte, kündigte er gestern gegenüber der taz zumindest an, den „neuen tatsächlichen Dingen“, die von Wüppesahl vorgebracht wurden, „vor-aussichtlich vorsorglich noch nachzugehen“. Gleichzeitig bezeichnete Böttcher den von Wüppesahl erhobenen Vorwurf der verschleppten Ermittlung als eine „Unverfrorenheit“.

Als Beweis seiner schnellen Ar-

beit führte Böttcher an, daß das Ergebnis des histologischen Gutachtens, daß erst in vier Wochen erwartet wurde, bereits vorliege. „Danach ist der Fall für die Staatsanwaltschaft einstellungswürdig.“ Denn nach den mündlichen Angaben des Gutachters habe man - Kalzium ist nur wenige Tage im Körper feststellbar (die Leiche wurde jedoch erst nach sechs Wochen exhumiert) - „keine Anhaltspunkte für einen ärztlichen Fehler“ ermitteln können. Es habe sich

stattdessen, so Böttcher nach Angaben des Gutachters, „um den typischen Verlauf eines Herzinfarktes“ gehandelt.

Damit hat Böttcher unfreiwillig dem behandelnden Arzt Büsscher eine falsche Behandlung bescheinigt. Denn nach eigenen Angaben hat Büsscher der Patientin während der Notfallbehandlung 'Apoplectal' intravenös verabreicht. Doch gerade dieses Mittel weist unter der Rubrik 'Gefahren und Gegenanzeigen' auf: „Frischer Herzinfarkt, Herzrhythmusstörungen ...“ Im Klartext: Wenn Büsscher damals der Patientin dieses Mittel verabreicht hat, habe er die Frau, so ein Arzt wörtlich zur taz: „in den Himmel geschickt.“

In den Rülmen des neuen Johanniter-Krankenhauses wußte man gestern offenbar noch nichts von der neuen Entwicklung. Bürgermeister Ebel unternahm daher vor den Feierlichkeiten zur Einweihung des Krankenhauses den Versuch, den Krankenhaus-Diffamierer Wüppesahl aus der Festveranstaltung mittels Hausrecht rauszuschmeißen. Auch Ministerpräsident Barschel eröffnete während seiner Ansprache das Feuer: „Aber es kann einfach nicht akzeptiert werden, wenn eine Einzelperson möchte beinahe sagen - blödsinnig gegen ein Krankenhaus agitieren. Dies ist unverantwortlich, weil es den Ruf unbescholtener Personen herabsetzt.“ Die CDU hatte bereits am Samstag die Veröffentlichungen Wüppesahls als „menschenverachtende Kampagne“ tituliert und den Fall „Johanniter-Krankenhaus“ zum Wahlkampfthema Nummer Eins gegen die Grünen erklärt.
Karl Haus